

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld. W. Thienes, Greifswald. G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg. Heiner, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen. Aug. J. Wolf & Co.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

C. H. Berlin, 19. Januar.

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 19. Januar.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

An Tages des Bundesrats: v. Böttcher, v. Maltzahn-Galt, v. Verhagen-Köfering.

Auf der Tagesordnung steht zuvörderst der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Auer u. Gen.) auf Aufhebung der gegen den Abg. Grillenberger beim Landgerichte in Nürnberg vorgenommenen Untersuchungsmaßregeln und Zurücknahme der Klage. Es handelt sich dabei nicht um die Frage, inwieweit die verfassungsmäßige Immunität der Reichstagsmitglieder auch während der Verurteilung des Reichstages in Kraft besteht.

Abg. Singer (Sozialdem.) führt unter Berufung auf verschiedene Staatsrechtslehrer wie auf Verurteilungen des Reichstages aus, daß die Immunität während der Verurteilung dieselbe sei, wie in der Zeit der Session. Es sei ein Unfug, wenn Staatsanwälte der Auffassung des Reichstages entgegenstünden. (Präsident v. Lepow rügt diese Äußerung als unzulässig.) Es handle sich um eine Parteifrage. Wenn die Herren auf der äußersten Rechten etwa demnach in Folge ihrer Haltung gegenüber der Landgerichts-Ordnung oder dem oberrechtlichen Handelsverträge in die Lage kommen sollten, den Schutz des Hauses für ihre Immunität anzurufen, so werde ihnen Redner und seine Partei diesen gern zuwenden.

Abg. Hartmann (konf.) führt aus, daß die Frage der Fortdauer der Immunität während der Verurteilungen in so weit eine offene sei, als der Reichstag zwar dieselbe bejaht, der Bundesrat dagegen verneint habe. Zur Auslegung einer gesetzlichen Vorschrift bedürfe es der Übereinstimmung beider Kammern, und die Staatsanwälte, welche sich für die Auffassung des Bundesrats entschieden, seien dazu berechtigt, um so mehr, als im vorliegenden Falle auch das Münchener Oberlandesgericht in diesem Sinne entschieden habe. Nachdem das Gericht die Unterurteilung beschlossen habe, könne der Staatsanwalt die Anklage nicht zurückziehen; der Beschluß eines Gerichts aber lasse sich nicht rückgängig machen. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde nur zur Beeinträchtigung des Ansehens des Reichstages führen. Wenn der Antrag in der üblichen Form gestellt würde, daß das Strafverfahren während der Dauer der Session eingestellt werde, so würde der Annahme desselben wohl nicht entgegenstehen.

Baierischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Verhagen-Köfering erklärt, einem solchen Antrag würde die bayerische Regierung nicht widersprechen. Der vorliegende Antrag Auer aber sei unannehmbar.

Abg. v. Unruh-Bomst (Reichsp.) führt aus, daß in den meisten Staaten des Reiches, insbesondere in Preußen, die Auffassung des Reichstages über die Fortdauer der Immunität auch nach der Verurteilung als maßgebend anerkannt werde, und während der Verurteilung die Einleitung von Strafverfahren gegen Reichstagsmitglieder unterbleibe. Allerdings aber sei anzuerkennen, daß einem entgegengegesetzten Verfahren nichts in der Weg gelegt werden könne, daß namentlich die nachträgliche Zurücknahme einer bereits eingeleiteten Untersuchung nicht möglich sei. Redner bringt im Sinne der bereits vom Abg. Hartmann gegebenen Anregung einen formulierten Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens für die Dauer der Session ein.

Abg. Singer bleibt bei dem sozialdemokratischen Antrag stehen. Der Reichstag sei der alleinige berufene Interpret seiner Rechte, seine Auffassung sei maßgebend, nicht diejenige des Bundesrats. Es werde das Ansehen des Reichstages nicht vermehrt, wenn er ein solches Maß von Bescheidenheit ließe, einen Beschluß zur energiegelassenen Wahrung seiner Auffassung von sich zu weisen.

Bundesbevollmächtigter Graf v. Verhagen-Köfering führt demgegenüber aus, daß, so lange Reichsgesetze nur aus der Übereinstimmung des Reichstages und des Bundesrats hervorgehen können, auch eine antithetische Auslegung einer reichsgesetzlichen Bestimmung ohne die Übereinstimmung beider Kammern nicht vorliegt.

Abg. Träger (freis.) erklärt, er werde für den Antrag stimmen, dessen Tenor er allerdings nicht für ausführbar halte (Heiterkeit rechts), um nicht den Anschein zu erwecken, als bilige er prinzipiell das in gegenwärtigen Falle beobachtete Verfahren. Eine antithetische Interpretation der Bestimmung des Artikels 31 der Reichsverfassung sei unerlässlich. In welchem Sinne diese zu geben sei, müsse die einfache Vernunft zeigen.

Staatssekretär von Böttcher: Wenn der Herr Vorredner meint, der Antrag sei nicht ausführbar, so hätte er konsequenter Weise eine Fassung beantragen sollen, die ausführbar wäre. Die verbündeten Regierungen haben sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt, insbesondere hat der Herr Reichskanzler noch keine Veranlassung dazu gehabt. Hätte Herr Singer eine Resolution eingebracht, welche die verbündeten Regierungen aufforderte, seiner Auffassung zum allgemeinen gültigen Ausdruck zu verhelfen, so wäre dagegen nichts zu erinnern gewesen. Aber wie er vortritt, ist der Antrag nicht annehmbar. Keine Macht der Welt kann geschlossene gerichtliche Untersuchungen aufheben machen. Wenn Herr Träger an die Vernunft appelliert, so muß ich ihm erwidern: die Vernunft ist kein verfassungsmäßiger funktionierender Faktor. Aber das ist doch wohl die erste Forderung der Vernunft, daß man keinen Antrag annimmt, den man für unannehmbar hält. (Sehr richtig! Heiterkeit.)

Abg. Bräuer v. Duf (Senr.) beantragt die

Überweisung der Angelegenheit an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Abg. Marquardsen (natl.) beschwor, zunächst den Antrag des Abg. v. Unruh-Bomst anzunehmen und dann den Antrag Auer zur prinzipiellen Erledigung der Frage im Sinne der Auffassung des Reichstages der Kommission zu überweisen.

Abg. Munkel erklärt sich für die Überweisung beider Anträge an die Kommission, weil der Antrag des Abg. v. Unruh-Bomst implizite das in Bayern beobachtete Verfahren als zu Recht bestehend anerkenne. So weit geht Redner nicht, wie Herr Singer, zu behaupten, daß der Inhaber eines Privilegiums auch der berechnete Interpret desselben sei, mit diesem Grundsatz könne man nachstens beim Zudeck über Erfahrungen machen. Aber wenn der Reichstag mit Entschiedenheit seine Auffassung vertritt, so werde er dieselbe Kraft seines Ansehens auch zur Geltung bringen.

Abg. v. Unruh-Bomst: Ich verleihe die Herren Träger und Munkel nicht. Der Eine will etwas beschließen, was er für unannehmbar hält, der Andere will das, was sofort ausgeführt werden muß, nicht beschließen. Wenn das Verfahren nicht eingestellt wird, was kann da geschehen? Es kann die Verurteilung des Herrn Grillenberger erfolgen. Die Herren mögen das wünschen, um einen desto stärkeren Druck ausüben zu können, aber der Reichstag kann es nicht wünschen. Daß ich, wie Herr Hartmann, auf dem Standpunkte der Fortdauer der Immunität während der Verurteilung stehe, brauche ich nicht erst zu sagen. Überlassen Sie der Kommission getrost, diesen Standpunkt zur Geltung zu bringen; sie wird die Ehre des Reichstages wohl zu wahren wissen.

Abg. Hartmann: Am 7. Februar bereits soll die Schwurgerichtssitzung stattfinden. Es kann kommen, daß ein Verhaftungsbefehl ergeht, und wir erleben es, daß Herr Grillenberger hier ergriffen und als Gefangener fortgeführt wird. Das gönne ich ihm nicht, das gönne ich aber vor allem dem Reichstage nicht. Es handelt sich darum, die Würde, das Ansehen der Volksvertretung zu schützen. Ich bitte Sie, beschließen Sie bereits heute die Einstellung des Strafverfahrens.

Abg. Munkel: Ohne die gleichzeitige Annahme einer Resolution im Sinne des Antrages Auer ist mir der Antrag des Herrn von Unruh unannehmbar. Wir wissen ja nicht, wie die Kommission sich entscheidet, und da würde ich es vorziehen, die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des eingeleiteten Verfahrens dem Reichsgerichte zu überlassen, an welches die Sache im Falle der Verurteilung des Herrn Grillenberger im Wege der Revision gebracht werden wird.

Abg. Klemm (konf.) tritt für die sofortige Beschlußfassung über den Antrag v. Unruh-Bomst, Abg. Singer für die Überweisung beider Anträge an die Kommission ein.

Der Antrag des Abg. von Unruh-Bomst (Einstellung des Strafverfahrens) wird angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und die Mehrheit der freisinnigen Partei. Dagegen beschließt das Haus mit großer Mehrheit, den Antrag Auer an die Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen.

Es folgen einige Theile des Reichshaushalts-Etats.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar. Es wird uns berichtet, daß Se. Majestät der Kaiser bei dem Dinner des Finanzministers sich Herrn v. Kardorff gegenüber in einer allerdings sehr zweifelhaft ausfallenden Weise gegen den Bimetallismus erklärt hat; die Worte jedoch, welche die „Magd. Zig.“ Sr. Majestät in den Mund legen, sind nicht gesprochen worden. Wir können übrigens noch hinzufügen, daß der Kaiser vor bald zwei Jahren in Folge verschiedener seitens Interessenten der Doppelwährung unternommener Schritte Gelegenheit nahm, sich eingehend über die Frage zu orientieren und die ablehnende Haltung, welcher Se. Majestät den Kardorffschen Ausführungen gegenüber Ausdruck verlieh, bekräftigt nur die damals bereits in engeren Kreisen bekannt gewordenen Anschauungen Sr. Majestät über den Bimetallismus.

Die innere politische Lage scheint wieder schwieriger zu werden. Die Landtagsbeurteilung dürfte allerdings gesichert und die hierbei zu Tage tretende Meinungsverschiedenheit des Ausmaßes gewiß sein. Die Regierung scheint die beschließende Mitwirkung des Reichstages bei zwangsweiser Eingekerkelung zu fordern, die Konfessionen dürfen bereit sein, zuzugestehen, daß der Oberpräsident, wenn er das öffentliche Interesse durch einen Beschluß des Provinzialrats sich gefährdet erachtet, Verweisung an das Staatsministerium einlegt. Für die Bildung der Zweierkörpers (S. 126) dürfte eine ähnliche, aber etwas weniger schwerfällige Ordnung der Zuständigkeiten Platz greifen. Am Montag und Dienstag sollen die Kompromissvorschlüsse von den beiden konservativen Fraktionen beraten werden. Trotz gelegentlichen Widerstands der Kreuzzeitungsgruppe ist an der Zustimmung auch der Hochkonservativen wohl nicht zu zweifeln. Einige in der letzten Sitzung der Kommission gegen den Widerspruch des Ministers des Innern geäußerte Bedenken sind von anderer Bedeutung und nicht geeignet, die angebahnte Verständigung zu hindern. Kaum aber erscheint dieser Stein des Anstoßes beseitigt, so zeigen sich neue Schwierigkeiten. Das Zentrum, welches bisher wenigstens den Steuerentwürfen gegenüber sich sehr entgegenkommend gezeigt hat, sängt an sich einmal an, sich eine Oppositionsstellung vorzubereiten. Schon im weiteren Verlauf der zweiten Sitzung des Einkommensteuergesetzes traten mehrfach neue Anträge aus der Mitte des Zentrums hervor, welche der Finanzminister als unannehmbar bezeichnen mußte. Entscheidend aber wurde, soweit die Kommissionsverhandlungen erkennen lassen, bei der Wahlrechtsfrage eingeleitet; so ist nicht nur der Abschluß der Kommissionsverhandlungen auf längere Zeit verzögert, sondern auch für den voranschreitenden Fall einer den Erweiterung des Wahlrechts in den reichsweit vertheilten Industriestädten gerichteten Bestrebungen des Zentrums nicht entsprechenden Abänderung der Wahlrechtsfrage die Aussicht auf ein ablenkendes Votum über das ganze Gesetz eröffnet. Diese und einige andere Vorgänge der letzten Tage sind zweifelsohne von einer gewissen symptomatischen

Bedeutung. Der Schlüssel zu denselben liegt aber allerdings wohl nicht im Landtage, sondern im Reichstage.

Am heutigen Vormittage unternahm der Kaiser um 8½ Uhr eine Ausfahrt vom Schloß nach dem Tiergarten und in den dortigen Anlagen eine Promenade, hörte später den Vortrag des Staatssekretärs des Innern, Freiherrn v. Marquardsen, und arbeitete demnach mit dem Chef des Zivil-Kabinetts, Wirkl. Geheimen Rath Dr. v. Luchmann. Mittags gegen 12 Uhr begab sich der Kaiser zur Teilnahme an der Einweihungs-Feier der Friedenskirche nach der Kappeler Straße, von wo er mit den Herren seiner Begleitung wieder zum Schloß zurückkehrte. Morgen Nachmittag 4½ Uhr wird der Kaiser in Hannover erwartet.

3. Majestät die Kaiserin-Königin empfing am Sonnabend Nachmittag den Besuch der Frau Prinzessin Albrecht. Auch im Laufe des gestrigen Tages empfing die Kaiserin den Besuch einiger Mitglieder der königlichen Familie.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin empfing gestern Abend den Besuch ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich.

3. Maj. die Kaiserin Friedrich wohnte am Sonntag Vormittag der Feier des Gedächtnisses und Ordensfestes im hiesigen königlichen Schloß bei und hatte sich aus diesem Anlaß mit S. L. H. der Prinzessin-Tochter Margarethe und ihrer Umgebung Mittags gegen 12 Uhr zum Gottesdienste nach der Schloßkapelle begeben.

3. Maj. die Kaiserin Friedrich lehrte gestern Nachmittag nach beendeter Gottesdienste in der Schloßkapelle wieder nach ihrem Palais zurück und unternahm abends eine Autofahrt. Später war sie mit der Prinzessin-Tochter Margarethe zum Gottesdienste in der englischen Kirche im Schloß Monbijou anwesend. Heute Mittag empfing die Kaiserin Friedrich den Besuch des Prinzen Max von Baden und anderer hochgeachteter Personen.

Es scheint sich zu bestätigen, daß der Kaiser dem Fürsten Bismarck kürzlich eine huldvolle Aufmerksamkeit erwiesen hat. Es verlautet, der Kaiser habe zu Weihnachten dem Fürsten ein Album mit Aufnahmen aus dem Innern des Alten Palais, namentlich solchen des beim Fürsten wohlvertrauten Vortrags- und Arbeitszimmers des Kaisers Wilhelm I., geschenkt. Auf das Dankschreiben des Fürsten Bismarck sei dann ein telegraphischer Neujahrsglückwunsch des Kaisers erfolgt.

Se. L. H. der Prinz Heinrich, welcher zu den Ordensfestlichkeiten von Kiel nach Berlin gekommen war, hat sich Nachmittags von den kaiserlichen Majestäten, der Kaiserin Friedrich und den anderen hier anwesenden hohen Herrschaften wieder verabschiedet und ist heute früh 8 Uhr 57 Minuten nach Kiel zurückgekehrt. Von dort gedenken der Prinz und die Prinzessin Heinrich am 25. d. Mts. wieder nach Berlin zu kommen, um an den Tauffeierlichkeiten für den jüngstgeborenen kaiserlichen Prinzen teilzunehmen.

Die Sperrgelddarstellung geht dem Abgeordnetenhaus in nächster Zeit zu. Die Staatsregierung hat dem Wünsche, die Vorlage dem Herrenhause zuerst zugehen zu lassen, nicht entsprochen können, weil das Gesetz bis zu einem gewissen Grade als Finanzgesetz anzusehen sei und auf dasselbe daher der Art. 62 der Verfassung Anwendung findet. Der Inhalt der Vorlage weicht von der des Vorjahres, soweit ersichtlich, ab. Vielleicht hängt damit die friedliche Staatsrede Herrn Dr. Windthorst's zusammen.

Der Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath a. D. Körte ist gestern Abend hier gestorben. Er hatte ursprünglich die juristische Landbahn ergriffen, war Rechtsanwalt in Bismarck, dann Appellationsgerichtsrath in Glogau und dann Kammergerichtsrath in Berlin gewesen. Im Jahre 1873 wurde er richterliches Mitglied der auf Kaisers Antrag eingesetzten Eisenbahn-Untersuchungskommission und demnach zum ordentlichen Rath im Reichs-Eisenbahnamt ernannt, dessen Geschäfte er vom Jahre 1878 an, nachdem der damalige Präsident Maybach preussischer Eisenbahnminister geworden war, als ältester vorrangender Rath leitete, bis er vor zwei Jahren in den verdienten Ruhestand trat. Seine Stellung im Reichs-Eisenbahnamt war seine ehrenvolle, denn alle seine berechtigten Bestrebungen, für das Amt diejenigen Aufsichtsbefugnisse zu erwirken, ohne die es nicht in der Lage war, nützlich zu wirken, scheiterten vor allem an dem Widerstande des preussischen Eisenbahnministers. Herr Körte nahm an allen wissenschaftlichen und öffentlichen Bestrebungen großes Interesse, verfolgte namentlich auch mit warmer Theilnahme die Fortschritte unserer Kolonialpolitik.

Eine in Bezug auf die Lohnfrage bemerkenswerthe Einrichtung hat in diesen Tagen die Hamburg-Verliner Salomifabrik in Berlin ins Leben gerufen, deren Inhaber, Herr Freese, im Februar v. J. vom Kaiser als Sachverständiger zu den Verhandlungen des Staatstages ausgerufen wurde. Herr Freese hat am 12. d. Mts. dem in der Fabrik bestehenden Arbeiterausschuß die Anzeige gemacht, daß die vor mehreren Jahren für die Beamten der Fabrik eingerichtete steigende Gewinnbetheiligung mit dem Beginn dieses Jahres auf sämtliche Arbeiter der Fabrik ausgedehnt werde. Die Verteilung erfolgt nach Maßgabe der gezahlten Löhne und Gehälter und die Tantieme wird nach Abschluß jeder Bilanz ausgezahlt. Der Gewinnbetheiligung der Arbeiter ist für das Jahr 1890 rückwirkende Kraft gegeben worden und die erste Rate wird im Laufe dieses Monats ausbezahlt werden. Insgesamt dürften für 1890 an Beamte und Arbeiter etwa 4000 Mark zur Auszahlung gelangen. Die Gewinnbetheiligung soll jedes Jahr in bestimmter Weise steigen. In dem in der Fabrik befindlichen Aufschlag giebt Herr Freese der Hoffnung Ausdruck, daß sein Vorgehen in Deutschland Nachahmung finden und dadurch in der Zukunft eine Entwicklung angebahnt werde, welche Arbeiter und Beamte in steigendem Maße direkt an dem Gewinn der Unternehmung betheilige, in welchen sie thätig sind. Herr Freese will damit zu einer Lösung der Lohnfrage Anregung geben, welche beiden Theilen, den Unternehmern wie den Angestellten und Arbeitern, in gleicher Weise zum Vortheil gereichen muß.

Die beim Hause der Abgeordneten angestellte Nachforschung über die Ergebnisse der

anderweitigen Verpachtung der im Jahre 1890 pachtlos gewordenen Domänenverwerke ergibt, daß im Ganzen 46 Verwerke zur Neuverpachtung gelangt sind. Dabei hat in den Provinzen Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau sich ein Ueberfluß von 71,108 Mark gegen die bisherigen Pachterträge ergeben, während die Verpachtungen in den Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien einen Ueberschuß von 71,092 Mark aufwiesen, so daß die Ueberschüsse die Ausfälle nur um 16 Mark übersteigen. Die Neuverpachtungen sind diesmal nur in zwei Fällen in Folge der Auflösung des noch laufenden Pachtertrages notwendig geworden, von denen der eine auf die Provinz Sachsen (Vorwerk Werben), der andere auf die Provinz Hannover entfällt (Vorwerk Wilsdorf, Nevers). Bei allen übrigen Verwerken war die Pachtzeit abgelaufen. Der Rückgang in den Pachtsätzen wird fast durchgängig mit der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft begründet. In Ostpreußen haben von fünf neuverpachteten Domänen vier einen Ueberschuß von insgesamt 20,589 Mark ergeben, dem bei einer einjährigen Pachtertrag von 2717 Mark gegenübersteht. In Westpreußen ist nur eine Domäne neuverpachtet. Der Ueberschuß gegen den früheren Pachtsatz beträgt 11,609 Mark. In Brandenburg steht einem Ueberschuß von vier Domänen in Höhe von 8110 M. ein Ueberschuß von 1751 M. bei zwei Domänen gegenüber. In Pommern ergab die Neuverpachtung einen Ueberschuß von 3,503 Mark bei zwölf Domänen, einen Ueberschuß von 187 Mark bei einer. In Schlesien ergab eine neuverpachtete Domäne einen Ueberschuß von 1936 Mark. In der Provinz Sachsen gelangten 10 Verwerke zur Neuverpachtung. Davon ergab sich bei sieben ein Ueberschuß in Höhe von 33,083 M. U. A. beträgt der neue Pachtsatz für die Verwerke Ernshausen, Rönneburg im Mansfelder Kreise 15,084 M. und für die Verwerke Gerode und Fuhra 10,102 Mark weniger als bisher. Demgegenüber stehen Mehrträge von insgesamt 64,660 Mark bei 3 Domänen. Die Verwerke Jilly, Sonnenburg im Halberstädter Kreise sind um 32,302 Mark, das Vorwerk Brachwitz im halleischen Saalkreis um 18,155 Mark und die Verwerke Artern, Schönbühl, Rachtstedt im Kreise Sangerhausen um 14,202 Mark theurer denn bisher verpachtet worden. In der Provinz Hannover sind 6 Domänen zur Neuverpachtung gelangt. Ein Mehr von 39,332 Mark ergab sich bei fünf, davon entfallen 28,507 Mark allein auf die Verwerke Moringen, Hostenen im Kreise Northeim. Ein Ueberschuß von 726 Mark ergab sich nur bei einer Domäne. Von vier in der Provinz Hessen-Nassau neuverpachteten Domänen ergab nur eine ein Mehr von 4011 Mark, drei ein Weniger von 3085 Mark.

Nach dem Ausruftraktat des Gesetzes gegen die gemeindefreien Bestrebungen der Sozialdemokratie müssen auch an die Landgendarmarie größere Anforderungen gestellt werden, um die Ruhe, Sicherheit und Ordnung, namentlich in den Gebieten ausgebreiteter Industralien nach in der Lage größerer Verkehrsmittelpunkte aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zwecke sind im Etat des Ministeriums des Innern im Ganzen 48 veritene Gendarmen und 98 Fußgendarmen mehr eingestellt.

Kiel, 19. Januar. An Stelle des Korvetten-Kapitäns Verbing ist der Korvetten-Kapitän Kirchhoff zum Kommandanten der Kreuzer-Korvette „Sophie“ ernannt worden. Der Marine-Attache in Rom, Freiherr von Malapert-Neufville, ist zurückberufen worden.

Kiel, 19. Januar. (W. T. B.) Die Nisse ist, soweit dieselbe vom Bülter Leuchthaus zu überblicken ist, mit Eis bedeckt. Der Fehmarn-Belt ist eisicht.

Königsberg i. Pr., 19. Januar. (W. T. B.) Zur Feier des 20. Jahrestages der Errichtung des deutschen Reiches fand gestern in der Aula der hiesigen Universität in Anwesenheit der Spitzen der Behörden ein Festakt statt, bei dem Professor Grau die Festrede hielt. Der akademische Gesangverein trug zum Beginn und zum Schluß der Feier patriotische Gesänge vor. Bei einem Abends in der Königshalle veranstalteten Festballe waren die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden ebenfalls anwesend. Heute Abend hält der Verein deutscher Studenten aus demselben Anlaß einen Fest-Kommers ab.

Wolfsbittel, 19. Januar. (W. T. B.) Eine hier abgehaltene sozialdemokratische Versammlung wurde, als die Verhandlungen einen unruhigen Charakter annahmen, aufgelöst.

Detmold, 18. Januar. (W. T. B.) Zur Feier des zwanzigjährigen Jahrestages der Wiedererrichtung des deutschen Reiches fand gestern ein Kommers statt, an welchem die Spitzen der Militär-, Regierungs- und städtischen Behörden, das Offizierskorps, sowie die Mitglieder der Krieger-, Gesang- und Turnvereine theilnahmen. Die Festrede hielt Gymnasial-Direktor Gebhard. An Se. Majestät den Kaiser wurde folgendes Telegramm abgeandt: „Tausend deutsche Männer am Fuße des Hermannsdenkmals feiern heute den Tag der glorreichen Errichtung des Reiches und bringen dem Entel des ersten deutschen Kaisers ihre ererbte Huldigung da.“

Steele, 18. Januar. Die Verammlung der Verleghaft „Eintracht“ und „Tiefbau“ hat beschlossen, Zwang anzunehmen, wenn die Entlassung des Deputierten Hohmann von der Verwaltung auf gültigem Wege nicht angenommen werde. Die stark besuchte Versammlung war sehr erregt.

Essen, 18. Januar. In der Versammlung des alten Verbandes sprach Schröder-Dortmund für das Bestehen der Knappschaftskasse, aber unter einem neuen Statut, welches der Verband des alten Verbandes bereits ansatzte. Margraf verlangt, daß die Unterstützungssachen in die Hände des Volkes gelegt werden. Schröder plaidirt noch für die Eintritt in den Verband, welcher in den letzten 9 Wochen 13,900 Mitglieder gewonnen habe.

Essen, 18. Januar. In der Antwort des Handelsministers auf die Denkschrift der Bergarbeiter des Verbandes „Glückauf“ wird darauf hingewiesen, daß die Verwirklichung der einzelnen Bestrebungen nur Störungen im wirtschaftlichen Leben hervorrufen würde. Hierunter fallen die Wünsche, welche auf die Vertheilung der Freizügigkeit hinführen, die Kontingierung der Kohlenproduktion oder die Festsetzung der Kohlenpreise durch den Staat; ferner auf die Einführung des Kohlenzölles, die Erhöhung der Kohlenfrachten von den Eisenbahnen landeinwärts, der

Ausgleich der bestehenden Aktiengesellschaften vom Betriebe der Bergwerke. Außerdem würden die gewünschten Neuerungen einschneidend in die gemeinsamen, für das staatliche, gewerbliche und private Leben maßgebenden Reichs- und Landesgesetze.

München, 18. Januar. Ueber das Bestehen des Königs Otto von Bayern bringt der „Fr. Kur.“ folgende Einzelheiten: „Zustände starker Erregung traten im letzten Vierteljahr an 8 bis 11 Tagen jedes Monats auf. Empor (Stimmung) wurde im gleichen Zeitraum an 2 bis 4 Tagen jedes Monats beobachtet; die durchschnittliche Dauer dieses Zustandes war im Dezember 7½ Stunden. Die Einzelstörungen der Wahrnehmungsfähigkeit werden durch die im Uebrigen reichlichen Mischungen begünstigt; der Ernährungszustand ist daher ein ganz befriedigender. Ein leichter Bronchialkatarrh vom letzten Drittel des November ist im Laufe des Dezemberes geschwunden.“

Udman, 19. Januar. (W. T. B.) Die Schiffahrt auf dem Bohuslän ist seit heute eingestellt. Die Dampfer im Hafen sind eingetroffen. Der See ist, soweit das Auge reicht, zugefroren.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Januar. (W. T. B.) Wie das telegraphische Korrespondenzbureau vernimmt, wird sich der Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich Anfangs Februar zum Besuch der russischen Kaiserfamilie nach Petersburg begeben.

Wien, 19. Januar. (W. T. B.) Die „Polit. Korresp.“ ist ermächtigt, die Meldungen, daß Sabulak Pascha vor der Katastrophe sein Aberglaubensglauben erhalten, sich auch in gerüttelten Vermögensverhältnissen befinden habe, für völlig unwahr zu erklären.

Schweiz.

Genf, 19. Januar. (W. T. B.) Der Hafen ist seit gestern in seinem ganzen Umfang zugefroren.

Narau, 19. Januar. (W. T. B.) Bei der gestern hier stattgefundenen Wahl zum Nationalrath an Stelle des Bundesraths Dr. Bülz wurde der Kandidat der Freisinnigen Bogler mit 5670 Stimmen gewählt; der Kandidat der Christlichen erhielt 4081 Stimmen.

Belgien.

Brüssel, 19. Januar. Die Eisenbahnstationen in den Garnisonstädten haben vom Eisenbahnminister die Befehl erhalten, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, damit die verfügbaren Truppen in möglichst kurzer Frist nach Brüssel beordert werden können. Für die Reserve sind Spezialwagen bereit zu halten.

Brüssel, 19. Januar. Diese Nacht sind zwei Regimenter von Antwerpen angekommen, weitere Truppen sollen heute Morgen einrücken. Vom Abend ab sind sämtliche Truppen in den Kasernen konzentriert, weil man einen bedrohlichen Ausbruch der Massen-Veranstaltungen, die heute Abend in verschiedenen Stadtvierteln stattfinden, befürchtet. Zum Dienstag ist die gesamte Bürgerwehr einberufen. Zahlreiche Revolutionäre Gruppen haben ihre Erscheinen angemeldet. Die Umgebung ist nicht unterlag. Die sozialistische Presse und die Mehrheit der liberalen Blätter kritisiren heftig die Maßnahmen der Regierung. Einige liberale Zeitungen billigen dieselben nach schreiben die Verantwortlichkeit hierfür denjenigen zu, welche seit Monaten Drohungen durch Wort und Feder verlannten.

Brüssel, 19. Januar. (W. T. B.) Die vereinigten Rechte von Kammer und Senat wird am Mittwoch eine Versammlung abhalten, in welcher über ihre Haltung in der Frage der Verfassungrevision beraten werden wird.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. Ein russischer Offizier traf gestern um 11 Uhr am Thor d'Allemagne ein, der den Weg von Sibirien nach Paris zu Fuß zurückgelegt hatte. Er wurde mit den Worten „Hoch Russland!“ empfangen und von den zahlreich anwesenden Frauen mit Blumen überschüttet. Abends veranstaltete Edwards, der Direktor des „Matin“, zu Ehren des russischen Offiziers einen Empfang, an welchem dieser den Ministern Constans und Jules Roche vorgestellt wurde. Die Redakteure des „Matin“ boten dem russischen Offizier ein Banquet an, an welchem Constans und Roche, sowie mehrere Senatoren und Deputierte theilnehmen werden.

Paris, 19. Januar. In Folge der andauernden Kälte zeigt sich unter den niederen Klassen der Bevölkerung entsetzliches Elend. Die Municipalität eröffnet geheizte Kühle, die Tag und Nacht offen stehen.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Aus Buenos-Ayres wird gemeldet, der Gesandte wurf, betreffend die zweiprozentige Steuer auf die Guthaben in den Privatbanken, sei von beiden Kammern genehmigt worden. Nachrichten aus Chile besagen, daß die russländische Bewegung weiter um sich greife.

Paris, 18. Januar. (W. T. B.) Die französisch-spanische Kommission zur Verabreichung der Rio-Mouny-Frage wird morgen eine Sitzung abhalten. Man hält eine Verabreichung über die Frage des Cap blanc für leicht erreichbar, eine Einigung in der Rio-Mouny-Frage aber für schwierig. Französischerseits beruht man sich auf die Beträge mit den Negern-Königen, mit Deutschland und dem Konstantin, spanischerseits wird auf die erfolgte Okkupation mehrerer Punkte und von Stationen auf dem Rio-Mouny-Flusse Bezug genommen. Spanien sollte, falls ein Einvernehmen nicht zu erzielen sein sollte, die Einigung eines Schiedsgerichts vorschlagen.

Großbritannien und Irland.

London, 19. Januar. (W. T. B.) (Melbung des „Reuter'schen Bureau's“) Auf einem egyptischen Papyrus-Manuskript im britischen Museum wurde nahezu der vollständige Text der Abhandlung des Aristoteles über die Verfassung von Athen aufgefunden.

Dillen ist gestern, von New York kommend, in Havre eingetroffen, und befindet sich von O'Brien empfangen worden, mit dem er alsbald eine mehrstündige Unterredung hatte. Die ausländischen Vahobienisten in Glasgow und Edinburgh hatten am Sonnabend große Kundgebungen veranstaltet, die ohne jede Ruheförmung verliefen. Die Direktoren der nordbriti-

Frei nach dem Italienischen
von Ernst von Waldow.

„Über welche Beziehungen könnten denn in

„Kind, laß den Muth nicht sinken; bin ich denn nicht da, der Dir die Wege ebnet, kann, welche Du zu gehen hast? Wenn ich meiner Sache nicht gewiß wäre, würde

Paolino sprach mit einem Stelze und einer Würde von seiner Stellung zu der Camera, wie nur irgend ein Kronenträger von der heiligen Aufgabe, die ihm geworden, hätte reden

Hochaufergerichtet stand der Greis da, er war schon in seiner stolzen Ueberlegenheit, die etwas Gebieterisches, Hinzureißendes hatte. Auch der Häuptling der Verbrecher besaß in seiner ganzen Per-

Die Familie Casrucco.

Etwas in der Mitte der prächtigen Toledo-
 Straße zu Neapel ist die breite Porta Medina

(Fortsetzung folgt.)

Das Bürgerrecht nach der Ein-
 führung vom 19. November 1808 besitzen
 Jahre lang Gemeindefiscenier gezahlt haben,
 ungsweise Wittwen und Kinder solcher Personen
Der Magistrat,
Johanniskloster-Deputation.

Meißner Porzellan.
Hierauf:
Der Barbier von Sevilla.